Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Blatt erscheint an jedem Werktag. Monats-Bezugspreis bei Abholung in der Geschäftsstelle der Stadt 1.80 Rm., in den Ausgabestellen 1.90 Rm., bei Zustellung im Stadtgebiet 1.95 Rm., bei Zustellung im Landbezirk 2.00 Rm. Einzelnummern 10 Pfg., Sonnabendnummer 20 Pfg. Postscheckkonto: Leipzig 28621. Gemeindegirokasse: Frankenberg. Fernsprecher 51. Telegrammadresse: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe einspaltig (= 22 mm breit) 7½ Pfennig, im Reklameteil (= 72 mm breit) 20 Pfennig. Mehrspaltige Anzeigen sind bei Aufgabe zu bestellen. Für Nachweis und Vermittlung 25 Pfennig Sondergebühr. — Für schwierige Satzarten, bei Platzvorschrift, bei größerer Ausdehnung der Anzeige und bei telephonischer Aufgabe, bei größeren Aufträgen und im Wiederholungsfalle Gewährung nach feststehender Staffel.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlicherseits bestimmte Blatt

Redaktionsdruck und Verlag: G. G. Roßberg (Inh. Ernst Roßberg jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Liegert in Frankenberg

№ 79 — Montag den 2. April 1928 nachmittags — 87. Jahrgang

Kurzer Tagesspiegel

Reichspräsident von Hindenburg weilte gestern in Lüneburg, um an der Konfirmation seiner Enkelin teilzunehmen.

Tschitscherin betonte in einer Unterredung mit dem deutschen Botschafter in Moskau, daß die Sowjetregierung alles tun wolle, um die normalen Beziehungen zu Deutschland aufrecht zu erhalten. Eine neue Unterredung ist für Montag festgesetzt worden, in der Tschitscherin über das weitere Schicksal der verhafteten Ingenieure Auskunft geben will.

Die neue ägyptische Note an England fordert völlige Wiederherstellung der Unabhängigkeit Aegyptens.

Der polnische Sejm hat das Budget in seiner Nachtsitzung endgültig angenommen.

Die rumänische Regierung hat die Beschlagnahme des russischen Golddepots in Neuyork beantragt.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hielt am Sonntag auf einer Veranstaltung zugunsten der Ostpreußenmothilfe eine Bismarckrede.

Die Schiedssprüche für die oberschlesischen Eisenhütten sind für verbindlich erklärt worden.

Im Berliner Speditionsgewerbe ist ein Streik ausgebrochen.

Reichspräsident von Hindenburg in Lüneburg

Lüneburg, 1. 4. Reichspräsident v. Hindenburg traf heute früh im Salonwagen in Lüneburg ein, um an der Konfirmation seiner Enkelin Christa v. Pentz, der Tochter des Majors v. Pentz, teilzunehmen. Die Konfirmation fand in der Klosterkirche in Lüneburg statt. Die Kirche war bis auf den letzten Platz besetzt und mit Grün geschmückt. Hindenburg, der von seinen beiden Töchtern, Frau v. Pentz und Frau v. Brockhusen sowie Major v. Pentz begleitet war, nahm am Altar neben den Konfirmanden Platz. Nach dem Abendmahl gab er jedem der Konfirmanden die Hand. Der Reichspräsident war in Zivil. Er sah frisch und rüstig aus. Eine große Menschenmenge brachte Hindenburg nach der kirchlichen Feier lebhafte Ovationen dar. Hindenburg ist lediglich als Privatmann nach Lüneburg gekommen. Offizielle Besuche oder Empfänge fanden nicht statt. Die Rückkehr hat der Reichspräsident gegen 11 Uhr abends angetreten.

Zum Streit zwischen dem Vatikan und der italienischen Regierung

Vor der Beilegung

Paris, 2. 4. (Funkspruch) Wie „Havas" aus Rom meldet, scheinen sich die Differenzen zwischen der italienischen Regierung und dem Vatikan beizulegen. Die Zurückhaltung, die sich die faschistische Presse auferlegte, erleichtere diese Lage. Es bestehe von beiden Seiten guter Wille, so daß anzunehmen sei, daß sich eine Beruhigung baldigst einstellen werde. Unter den Möglichkeiten für die Beilegung des Konfliktes wird die freiwillige Auflösung der katholischen Jugendvereinigungen angeführt, wogegen in den faschistischen Jugendverbänden ein eigener Geistlicher für den Religionsunterricht ausersehen werden soll.

Aegyptens Unabhängigkeitskampf

„Eine Herausforderung Großbritanniens". — Die Forderungen der Aegypter.

London, 1. 4. Sowohl von ägyptischer wie von britischer Seite werden im Augenblick offizielle Erklärungen über den genauen Inhalt der letzten ägyptischen Antwort auf die britische Note, die Einsprüche gegen die Verabschiedung verschiedener Gesetzesvorlagen eingelegt hatte, noch nicht abgegeben. Die bisher in London vorliegenden Berichte lassen kaum noch einen Zweifel, daß die ägyptische Note folgendes verlangt:

1. Völlige Unabhängigkeit Aegyptens.

2. Das Recht, den Suezkanal mit ägyptischem Militär und ohne jede Unterstützung der britischen Armee und Flotte zu verteidigen, es sei denn, daß Aegypten selbst diese Unterstützung verlangt.

3. Aegypten als Alliierten mit Großbritannien gleichberechtigten Staat zu betrachten.

In Kairo ist man sich, wie übereinstimmend berichtet wird, über die Wirkungen der Antwort nicht ganz im unklaren, da bereits die Möglichkeit einer Kabinettskrise erörtert wird. Da die Note erst gestern im Foreign-Office eingegangen ist, steht im Augenblick noch nicht fest, welche Schritte die britische Regierung nunmehr ergreifen wird. Nachdem aber durch die Note jede Aussicht auf erfolgreiche Beendigung der englisch-ägyptischen Vertragsverhandlungen unter dem gegenwärtigen nationalistischen Kabinett in Kairo geschwunden ist, ist mit einiger Sicherheit damit zu rechnen, daß Großbritannien sich nicht länger auf platonische Vorstellungen beschränken dürfte.

Es ist bemerkenswert, daß die „Sunday-Expreß" heute daran erinnert, daß Aegypten zweimal durch England unter Lord Kitchener und unter Lord Cromer vor der Katastrophe bewahrt worden sei. Die ägyptische Note, so betont das Blatt, sei eine Herausforderung an Großbritannien. Die britische Regierung habe außergewöhnliche Geduld in den Verhandlungen walten lassen. Ihre Mäßigung sei durch eine fanatische Gesellschaft von Aegypten als Schwäche gedeutet worden. Es würde zwecklos sein, mit den Verhandlungen fortzufahren. Die englische Antwort an Nahas Pascha könne nur in der Forderung auf Entfernung der ägyptischen Truppen aus dem Sudan und die Uebernahme der vollen Kontrolle durch britische Streitkräfte bestehen.

Die 15jährige britische Aufbauarbeit in Aegypten dürfe nicht zerstört werden durch die Intrigen von Politikern, die keinen Funken von Staatsmannskunst zeigten. — Die übrigen Sonntagsblätter enthalten sich noch jeden Kommentars.

Burgfrieden

Nach der Reichstagsauflösung — Die Flugblätter liegen bereit

Die Ruhe vor dem Sturm

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Berlin, 2. April.

Reichsinnenminister v. Keudell hat im Aeltestenrat des Reichstages angeregt, während der Karwoche wenigstens Burgfrieden zu halten und den Beginn des Wahlkampfes auf die Zeit nach Ostern zu verschieben. Eine sicherlich gut gemeinte Anregung, die vom Aeltestenrat mit wollendem Beifall quittiert wurde. Dieses Gremium konnte natürlich nur davon Kenntnis nehmen, ob der Vorschlag durchgeführt wird, haben andere Instanzen zu entscheiden.

Man darf wohl ohne weiteres annehmen, daß der Wahlkampf erst nach Ostern in voller Schärfe losbrechen wird. Zwar liegen bereits in sämtlichen Parteibüros die Flugblätter, die ihn einleiten sollen, Berge hoch aufgestapelt, aber man darf doch wohl hoffen, daß sich diese Springflut erst nach den Feiertagen über uns ergießen wird. Es wäre vom christlichen, wie auch vom allgemein menschlichen Standpunkt aus unerträglich, wenn der Wahlkampf schon in der Karwoche beginnen würde.

Ueber den Inhalt der Flugblätter sind schon vor ihrer Verbreitung einige Tatsachen bekannt geworden, die interessante Rückschlüsse auf die diesmalige Frontbildung gestatten. Was die Deutschnationalen betrifft, so scheint für sie Stresemanns Ahnung zuzutreffen: Sein Name kommt in ihren Flugblättern immer wieder vor. Seine außenpolitische Einstellung wird in der schärfsten Weise angegriffen. Für den völkisch-nationalen Block fallen nur einige Seitenhiebe ab. Der Hauptansturm richtet sich gegen Dr. Stresemann und seine Politik. Selbstverständlich wird auch hervorgehoben, daß die Volkspartei für das Scheitern des Schulgesetzes die Verantwortung trage.

Das Reichsschulgesetz spielt selbstverständlich in den Flugblättern der Deutschen Volkspartei ebenfalls eine bedeutsame Rolle. Es wird betont, daß durch die Haltung der Deutschen Volkspartei die konfessionelle Zerreißung des Volkes verhindert und der Bestand der christlichen Simultanschulen gesichert worden sei. Daß die Deutsche Volkspartei Dr. Stresemanns Außenpolitik als die zur Zeit einzig mögliche verteidigt, ist eine Selbstverständlichkeit. Im Gegensatz zu früheren Wahlen wendet sie sich in ihren Flugblättern dieses Mal fast ausschließlich gegen rechts. Neben den Deutschnationalen wird auch gegen die Wirtschaftspartei agitiert, deren Politik als eine gänzlich unfruchtbare und die wirklichen Mittelstandsinteressen schädigende gekennzeichnet wird.

Dieselbe Haltung nehmen die Flugblätter der Demokraten ein. Auch sie wenden sich gegen Deutschnationale und die Wirtschaftspartei. Soweit die Deutsche Volkspartei angegriffen wird, geschieht dies wegen ihrer angeblich nicht eindeutigen Haltung beim Reichsschulgesetz.

Das Zentrum stellt natürlich den Kampf für die christliche Schule in den Mittelpunkt seiner Propaganda, wendet sich aber auch gegen die Deutschnationalen, denen der Vorwurf gemacht wird, im Reichstag eine andere Politik zu treiben als in ihren Versammlungen.

Die Sozialdemokraten wollen in Westdeutschland und auch in Oberschlesien versuchen, die Arbeiter, die bisher der Zentrumsfahne folgten, zu sich herüberzuziehen, bekämpfen also dort in erster Linie das Zentrum. Hier dürfte das „Wirth-Problem" eine große Rolle spielen. Daneben wird aber auch selbstverständlich stark gegen die kommunistische Konkurrenz agitiert.

Die Kommunisten haben es am bequemsten: Ihr Programm ist kurz und bündig „Die Sache muß anders werden".

Eine Kundgebung der ASPD.

Wie aus Berlin gemeldet wird, veranstaltete die Alte Sozialdemokratische Partei Deutschlands am Freitag abend im ehemaligen Herrenhaus eine Kundgebung. Oberpräsident a. D. Winnig und Chefredakteur Ernst Nitsch sprachen vor vollbesetztem Hause über das Programm der Partei.

Oberpräsident a. D. Winnig betonte, die heutige Zersplitterung und Zerstückelung der Arbeiterschaft könne nicht endgültig sein, da ja die Interessen aller Arbeiter gleich wären. Die Entgung der Arbeiterschaft werde sich im Zeichen der Gesinnung vollziehen, die in das Volk hineinzutragen die Aufgabe und der Wille der ASPD. sei. Der Kampf für die deutsche Freiheit sei ein geistiger Kampf. Unter dieser Parole will die ASPD. in den Wahlkampf gehen.

Chefredakteur Nitsch erklärte, die ASPD. strebe die deutsche Befreiung an. Deutschland müsse von dem Druck der internationalen Lasten befreit werden. Die Betonung des Widerstandsgedankens sei eine der wichtigsten Obliegenheiten des deutschen Volkes. Die ASPD. knüpfe an den Geist vom August 1914 an, der von der Sozialdemokratischen Partei verlassen worden sei. Der deutsche Arbeiter müsse wieder wehrhaft werden. Gegenüber dem Ausland müsse das deutsche Volk eine Einheit bilden. Die ASPD. sei keine sozialistische Klassenpartei sondern eine sozialistische Volkspartei, die sich der Einheit des Volkes bewußt sei.

Zwei Deutsche in Paris verhaftet

Paris, 2. 4. (Funkspruch) In Paris wurden zwei internationale Hochstapler, Adolf Abraham Sulzberger, 58 Jahre alt, und Ludwig Salomon, 33 Jahre alt, verhaftet. Beide sollen Reichsdeutsche und angeblich in Berlin etablierte Geschäftsleute sein. Sulzberger und Salomon versuchten unter Benutzung von falschen Schriftstücken für ein angeblich großes deutsches Webereiunternehmen bedeutende Beteiligungsbeträge unter dem Vorwand einer deutsch-französischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu erhalten. Es gelang ihnen, mehrere Personen um zusammen eine Million Franken zu beschwindeln. Bei den Betrügereien wurden sie von französischen Helfershelfern unterstützt.

Zu den Deutschenverhaftungen im Donez-Gebiet

Kowno, 1. 4. Wie aus Moskau gemeldet wird, wird am Montag der nach Rostow entsandte Legationssekretär Dr. Schliep von dort zurückerwartet. Am Montag wird eine neue Unterredung zwischen Graf Brockdorff-Rantzau und Tschitscherin über das weitere Schicksal der verhafteten Ingenieure stattfinden.

Das politische Büro hat beschlossen, Schwarz und Bubnow erneut zu Untersuchungszwecken nach dem Donezgebiet zu entsenden. Nach halbamtlichen Meldungen sind weitere Entlassungen von leitenden Kommunisten in der Ukraine vorgesehen. Besonders wird das Mitglied des Zentralkomitees der kommunistischen Partei der Ukraine Mihalenko beschuldigt, mit den verhafteten Ingenieuren in Verbindung gestanden zu haben. Der Leiter der GPU. in Rostow ist wegen Zugehörigkeit zur Opposition seiner Stellung enthoben worden. Außerdem wird die ganze Abteilung der GPU. in Rostow aufgelöst und durch neue Kommunisten ersetzt werden.

Die neue Hauptstadt Afghanistans

London, 31. 3. Nach Meldungen aus Karachi nimmt der Bau der neuen afghanischen Hauptstadt Darulaman in der Nähe von Kabul, die auf modernster Grundlage errichtet wird, große Fortschritte. Die öffentlichen Gebäude in der neuen Hauptstadt werden nach ihrer Fertigstellung den Vergleich mit den besten europäischen Schöpfungen aushalten. Der probeweise eingerichtete Luftpost- und -Passagierdienst zwischen Kabul und Taschkent in Russisch-Turkestan soll regelmäßig durchgeführt werden. Die Piloten sind in Deutschland und Rußland ausgebildet. Durch den Verkauf von Mineralkonzessionen hofft man ausreichende Mittel für den Bau verschiedener projektierter Eisenbahnlinien zu erhalten.

Die städtefeindliche Finanzpolitik von Reich und Staat

Das Reich weiß für sich sehr gut zu rechnen!

Aus Chemnitz wird uns geschrieben:

In der am Donnerstag abgehaltenen Stadtverordnetensitzung, hielt der bekannte Finanzfachmann, Bürgermeister Arlart eine Etatsrede, in der er sich in ziemlich scharfer Weise mit der Finanzpolitik von Reich und Staat, die er als städtefeindlich bezeichnete, auseinandersetzte. Die Finanzpolitik gebe, so führt er u. a. aus, den Großstädten nicht mehr die Möglichkeit, die notwendigen Mittel aufzubringen und die billigerweise an eine Großstadtverwaltung zu stellenden Anforderungen zu erfüllen. Bei allen Tagungen preise man auch von Regierungsseite, das den Gemeinden zustehende Recht der Selbstverwaltung. Praktisch sei davon nichts geblieben. Die Steuergesetzgebung sei restlos zentralisiert, sogar die Steuersätze würden vorgeschrieben. Neue Einnahmequellen seien den Städten gesetzlich verschlossen. Dabei seien die Ausgaben zu mehr als 80 Prozent zwangsläufig, bei den übrigen Ausgaben lasse sich eine steigende Tendenz nicht vermeiden, wolle man Schule, Verkehr, Jugend und Sport, der Not der Beamten usw. gerecht werden.

Nicht durch Schuld, Verantwortungslosigkeit oder Verschwendungssucht der Gemeinden, durch die zwangsweise Uebertragung neuer Aufgaben und Kürzung der Einnahmen sei die Finanznot der Gemeinden entstanden.

Auf die Dauer seien derartige, den gesunden Fortschritt hemmende Einschränkungen nicht tragbar. Die Gemeinden müßten geschlossen immer lauter die Forderung an Reichs- und Staatsregierung stellen: die weitere Hinausschiebung des Finanzausgleichs ist untragbar. Wir wünschen der schleunigste Lösung des Problems, Vorabüberweisung großen Steuern nach dem örtlichen in den letzten und nach dem Bedarf. Es hat für sich sehr gut Jahren gezeigt, daß das Gesetz erzielt habe, wägerechnet und große Teile der Gemeinden in Fehlrend der größten Notlage geraten sei. Persönlich sei [illegible] Ansicht,

daß ein eigenes Zuschlagsrecht der Gemeinden zu den Hauptsteuern

die endgültige Lösung und den Städten ihre wirkliche Selbstverwaltung wieder bringen könne. Die zweite Forderung sei größere Freiheit und Gerechtigkeit in der Gestaltung der indirekten Steuern. Die Regierung könne es nicht verantworten, gerade den Notstandsgemeinden die Mittel zu nehmen und sie letzten Endes denjenigen Gemeinden zu geben, die ihre Lage am schwärzesten zu schildern wüßten, ohne daß die Regierung die Tatsachen nachprüfen könne.

Die Ungerechtigkeit der Verteilung schreie zum Himmel. Fort mit den Ausgleichsstöcken.

Wolle die Regierung wirklich notleidenden Gemeinden helfen, so müsse sie dies aus eignem